

Nullwachstum – das Schicksal einer alternden Gesellschaft?

Eine Demographie-Strategie für Deutschland

Berlin, August 2014

Inhaltsverzeichnis

Nullwachstum – das Schicksal einer alternden Gesellschaft?	1
Inhaltsverzeichnis	2
Zusammenfassung.....	3
1. Wachstum und Wohlstand in einer alternden Gesellschaft	5
1.1. Das Wohlstandsniveau sichern	6
1.2. Den technischen Fortschritt besser nutzen	7
1.3. Mit höherem Potentialwachstum die Verteilungsspielräume erweitern.....	7
2. Elemente einer Demographie-Strategie	8
2.1. Das Arbeitskräftepotential besser ausnutzen	8
<i>Lebensarbeitszeit verlängern und Renteneintritt flexibel gestalten</i>	<i>8</i>
<i>Zuwanderung von Fachkräften erleichtern</i>	<i>9</i>
<i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern</i>	<i>10</i>
<i>Investitionen in Bildung erhöhen</i>	<i>11</i>
2.2. Das Potenzialwachstum stärken	12
<i>Investitionen in öffentliche Infrastruktur erhöhen</i>	<i>12</i>
<i>Mit intelligenter Innovationspolitik den technologischen Wandel unterstützen ...</i>	<i>13</i>
3. Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Finanzsektor	18
<i>Begrenzte Auswirkungen auf Kapital- und Immobilienmärkte</i>	<i>19</i>
<i>Auswirkungen auf Banken nur schwer zu prognostizieren.....</i>	<i>19</i>
4. Finanzierung des demographischen Wandels	19
<i>Langfristige Unternehmenskredite nicht durch Regulierung gefährden</i>	<i>20</i>
<i>Den Finanzplatz Deutschland stärken</i>	<i>21</i>
<i>Den Verbriefungsmarkt wiederbeleben</i>	<i>22</i>
<i>Existenzgründungen und Innovationen mit Eigenkapital und öffentlichen Förderprogrammen finanzieren.....</i>	<i>23</i>
<i>Unternehmensnachfolge rechtzeitig sichern.....</i>	<i>25</i>
<i>Infrastrukturinvestitionen mit zusätzlichen Partnern finanzieren</i>	<i>25</i>

Zusammenfassung

- Durch die Finanzkrise geriet die wichtigste Herausforderung des kommenden Jahrzehnts – der demographische Wandel – in der deutschen Politik in den Hintergrund.
- Der demographische Wandel stellt Deutschland nicht vor unlösbare Probleme, aber ohne geeignete politische Rahmensetzungen wird er das Wohlstandsniveau gefährden und zahlreiche Konflikte auslösen. So sind Strukturbrüche durch Verschiebungen im Nachfrageverhalten und ungleiche regionale Bevölkerungsentwicklungen zu erwarten. Die sozialen Sicherungssysteme werden sich wachsenden Finanzierungs Herausforderungen stellen müssen. Deutschland benötigt daher eine Demographie-Strategie.
- Die Demographie-Strategie muss die langfristige Sicherung des Wohlstandsniveaus für eine kleinere und ältere Gesellschaft in Deutschland zum Ziel haben. Entscheidend hierfür wird die Wachstumsdynamik der Wirtschaft sein. Relevante Politikfelder sind Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Renten-, Bildungs-, Regional-, Finanz- und Wachstums politik.
- Der demographische Wandel wird nach derzeitigem Wissensstand das Arbeitsangebot, Potenzialwachstum und Sparverhalten in einer Weise verändern, die ein geringeres Wirtschaftswachstum zur Folge haben wird. Auch eine langanhaltende Stagnationsphase ist nicht auszuschließen. Eine solche Entwicklung kann jedoch durch kluges politisches Gegensteuern vermieden werden.
- Primär muss der sinkenden Zahl der Erwerbspersonen durch eine bessere Ausschöpfung des Arbeitspotenzials begegnet werden. Ansatzpunkte sind eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, verstärkte Aus- und Weiterbildung sowie eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, auch und vor allem durch einen flexibleren Übergang in den Ruhestand.
- Eine gezielte Zuwanderungspolitik kann dem sich abzeichnenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ebenfalls entgegenwirken.
- Durch eine bessere Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials alleine wird sich die Abschwächung des Wachstums jedoch nicht verhindern lassen. Dies kann nur zusammen mit einem steileren Wachstumspfad des Produktionspotenzials gelingen.
- Investitionen in eine qualitative Verbesserung der Infrastruktur, eine höhere Qualifizierung der Arbeitskräfte und eine bessere Ausnutzung des technischen Fortschritts sind Maßnahmen, die das Wachstum des Produktionspotenzials erhöhen könnten.
- Die Finanzmärkte werden vom demographischen Wandel ebenfalls berührt. Es ist zu erwarten, dass sich das Spar- und Anlageverhalten in Richtung risikoärmerer und eher kurzfristiger Anlagealternativen verschieben wird. Sowohl die Beschaffung von Eigenkapital als auch die Fristentransformation bei klassischen Unternehmenskrediten könnten dadurch erschwert werden.

- Der von den demographischen Veränderungen ausgelöste Strukturwandel geht mit einem hohen Finanzierungsbedarf einher. Die erforderliche Mobilisierung privater Finanzierungsquellen setzt stabile Finanzmärkte und profitable Banken voraus. Nur dann besteht die Aussicht, dass Unternehmensgründungen, Innovationen, Unternehmensnachfolgen und notwendige Infrastrukturinvestitionen nicht an ihrer Finanzierung scheitern werden.
- Demographisch relevante Finanzierungsbereiche wie Unternehmensgründungen und Innovationen sind für Fremdkapitalgeber wie Banken aufgrund der besonderen Risikostruktur der Investition in der Regel schwer darstellbar. Damit die notwendigen Investitionen nicht an der Finanzierung scheitern, ist die Stärkung des Marktsegments der Risikokapitalfinanzierung ebenso notwendig wie die Flankierung durch öffentliche Förderprogramme.

1. Wachstum und Wohlstand in einer alternden Gesellschaft

Die Bevölkerung in Deutschland altert und schrumpft. Diese unausweichliche Tatsache wird neben gesellschaftlichen Herausforderungen auch ökonomische Konsequenzen haben. Deutschland steht in den kommenden 15 Jahren der weitreichendste strukturelle Wandel seit der Wiederaufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg bevor. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass der demographische Wandel für sich alleine genommen auch zu einer spürbaren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums bis hin zu einer wirtschaftlichen Stagnation führen wird. Er stellt damit nicht nur eine Bedrohung für die Wohlstandsentwicklung in unserem Land dar, sondern erhöht auch den Druck auf die Finanzierbarkeit des sozialen Ausgleichs und kann damit den sozialen Frieden gefährden. Zur erfolgreichen Bewältigung dieses Wandels fehlt in Deutschland bislang eine Demographie-Strategie.

Dabei sind die demographischen Veränderungen seit langem bekannt. Die Politik hat auch weitgehend jene Handlungsfelder identifiziert, in denen Veränderungen und Reformen erforderlich sind, um die damit verbundenen Herausforderungen zu meistern. Bislang sind aber nur vereinzelt Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen ergriffen worden. So wurde die gesetzliche Rentenversicherung gerade mit Blick auf die alternde Gesellschaft in den vergangenen zwanzig Jahren mehrfach reformiert. Vor allem aber die vor zehn Jahren eingeleitete Agenda 2010 hatte die Bewältigung des demographischen Wandels zum Ziel. Generell kann gesagt werden, dass die Politik sich fast ausschließlich mit den Verteilungswirkungen befasst hat. Weitgehend vernachlässigt wurden bislang jedoch die Verbindungen zwischen demographischem Wandel, Wachstum und Ersparnisbildung in einer in das globale Wirtschaftssystem eingebetteten Volkswirtschaft.

An dieser Stelle besteht akuter Handlungsbedarf. Denn angesichts aktueller politischer Ansätze, wichtige Teile der zurückliegenden Reformen zurückzunehmen oder zu verwässern, wird das Fehlen einer strategischen Ausrichtung der Einzelmaßnahmen auf ein gemeinsames Ziel erkennbar. Der politische Reformprozess, um Deutschland auch als gealterte Gesellschaft international wettbewerbsfähig zu halten, ist sichtbar ins Stocken geraten. Dazu haben ohne Frage auch die politischen Anforderungen zur Bewältigung der Finanzkrise beigetragen. Umso mehr gilt es daher nun die Kräfte in einer Demographie-Strategie zu bündeln.

Kasten 1 **Die Bevölkerungsentwicklung**

Dass die gegenwärtigen demographischen Veränderungen eine besondere Aufmerksamkeit auf sich ziehen, ist unter anderem der Geschwindigkeit geschuldet, in dem sich die Alterspyramide verändert. Sinkende Geburtenraten einerseits und eine stetig steigende Lebenserwartung andererseits führen nicht nur zu einer schnellen Alterung, sondern auch zu einer Schrumpfung der Bevölkerung.

Die derzeit verwendeten Schätzungen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland entstammen der zwölften koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Den einzelnen Varianten liegen verschiedene Annahmen bezüglich der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und des Saldos der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland zugrunde. Am plausibelsten sind zwei Varianten, welche die Entwicklung unter der Annahme annähernd konstanter Geburtenhäufigkeit, eines Anstiegs der Lebenserwartung um etwa acht (Männer) beziehungsweise sieben Jahre (Frauen) und eines Wanderungssaldos von 100 000 oder 200 000 Personen im Jahr aufzeigen. Unter diesen Annahmen werden im Jahr 2030 zwischen 2,5 und 4 Millionen Personen weniger in Deutschland leben als heute. Im Jahre 2060 werden es zwischen 11,6 und 17,1 Millionen sein.

Als Maß für die Alterung wird häufig die Veränderung des Altenquotienten herangezogen. Der Altenquotient misst die Zahl der über 65-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren. Dieser Quotient steigt bis 2030 steil an, da in diesem Zeitraum die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer-Generation ins Rentenalter eintreten werden. Kommen heute auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter noch knapp 34 Personen im Alter von mehr als 65 Jahren, so werden es 2030 schon knapp 52 sein. Er wächst danach den Projektionen zufolge bis zum Jahr 2060 nur leicht und erreicht mit 67 über 65-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren einen historischen Höchststand. Die Versorgungslast der mittleren Altersgruppe wird folglich drastisch zunehmen und die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen stellen.

Noch stärker als die Bevölkerung insgesamt wird die Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis 65 Jahren altern und schrumpfen. Heute gehören knapp 50 Millionen Menschen dieser Altersgruppe an. Mit dem Ausscheiden der Baby-Boomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt sinkt das Arbeitsangebot ab dem Jahr 2015 um etwa 100 000 Personen bis auf fast 400 000 Personen im Jahr 2030. Dann werden nur noch zwischen 42 und 43,5 Millionen Menschen im Erwerbsalter in Deutschland leben. Diese sieben bis acht Millionen Menschen werden am Arbeitsmarkt und im Wirtschaftsprozess fehlen.

1.1. Das Wohlstandsniveau sichern

Ziel einer Demographie-Strategie muss die langfristige Sicherung des Wohlstandsniveaus in einer kleineren und gealterten Gesellschaft sein. Sie muss Deutschland in die Lage versetzen, das durch den demographischen Wandel verlorene Wachstumpotenzial auszugleichen und den technologischen Vorsprung der deutschen Wirtschaft zu wahren. Bei einem unvermeidlich sinkenden Arbeitskräftepotenzial kann dies ohne eine dauerhafte Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft nicht gelingen. Die Stärkung der Innovationskraft dürfte jedoch kein leichtes Unterfangen sein in einer alternden Gesellschaft, von der der französische Wirtschaftshistoriker Alfred Sauvy sagte, sie sei eine Ansammlung alter Menschen, die in alten Häusern lebten und über alte Ideen nachsinnierten.

Bislang stehen in der Diskussion um den demographischen Wandel in Deutschland die Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme im Vordergrund, gefolgt von Fragen einer besseren Ausnutzung des schrumpfenden Erwerbstätigenpotenzials. Eine nachhaltige Wachstumsstrategie für eine alternde Gesellschaft nimmt dagegen nur geringen Raum ein. Dies verwundert, denn die zu erwartenden Lasten für die sozialen Sicherungssysteme werden einfacher zu tragen sein, wenn es gelingt, die demographisch bedingte Wachstumsverlangsamung oder gar Stagnation abzuwenden.

1.2. Den technischen Fortschritt besser nutzen

Eine Demographie-Strategie muss daher an den Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums ansetzen. Diese sind das zur Verfügung stehende Arbeitsvolumen, das vorhandene Kapital und die Entwicklung der Produktivität, also kurz die Nutzung des technischen Fortschritts. Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird in den kommenden Dekaden zu einem negativen Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens führen. Wie sich der Anstieg des Durchschnittsalters der Erwerbsbevölkerung auf ihre Produktivität auswirkt, ist noch nicht vollständig geklärt. Der technologische Fortschritt und eine Ausweitung des Kapitalstocks müssen folglich diese Entwicklung kompensieren, soll es nicht zu einem Rückgang des Produktionspotenzials kommen. Da bei einem Mehreinsatz der gleichen Kapitalgüter die Kapitalrendite rasch sinken und Investitionen gebremst würden, fällt ganz offensichtlich dem technologischen Fortschritt die entscheidende Bedeutung für das Wirtschaftswachstum zu. Ohne eine spürbare Zunahme des technischen Fortschritts dürften die Wachstumsperspektiven für die kommenden Jahrzehnte eher bescheiden bleiben. Der Sachverständigenrat stellt in seiner Expertise im Jahr 2011 daher fest, dass durchschnittliche Wachstumsraten des Produktionspotenzials und des Pro-Kopf-Einkommens, wie sie noch in den 1980er- und 1990er-Jahren zu verzeichnen waren, ohne deutliche Produktivitätszuwächse kaum zu realisieren sein werden.

1.3. Mit höherem Potentialwachstum die Verteilungsspielräume erweitern

Ein höheres Potenzialwachstum erhöht gleichzeitig auch die Verteilungsspielräume in der Lohnpolitik. Dies kann insofern von Bedeutung sein, als die Belastungen aus den sozialen Sicherungssystemen für die Erwerbstätigen zunehmen werden. Bei einem höheren Potenzialwachstum wären sie also leichter zu schultern. Auch für die Finanzpolitik ist das Potenzialwachstum von großer Bedeutung, weil es den Spielraum für Ausgabenzuwächse bei konstanter staatlicher Abgaben- und Defizitquote vorgibt.

Eine Demographie-Strategie verspricht deshalb am ehesten erfolgreich zu werden, wenn sie sich auf Maßnahmen konzentriert, die die durchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials erhöhen, die Reformfortschritte der Vergangenheit sichern und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert. Sie muss gleichzeitig Maßnahmen vermeiden, die zukünftig noch größeren Handlungsdruck erzeugen. Unter diesen Voraussetzungen kann es gelingen, das Wirtschaftswachstum Deutschlands zu stärken und die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme sicherzustellen.

2. Elemente einer Demographie-Strategie

2.1. Das Arbeitskräftepotential besser ausnutzen

Die negativen Auswirkungen einer schrumpfenden Zahl an Erwerbspersonen können durch eine bessere Ausnutzung des Erwerbspersonenpotenzials zwar nicht aufgehoben, aber gemildert werden. Dies kann auf mehreren Wegen geschehen.

Lebensarbeitszeit verlängern und Renteneintritt flexibel gestalten

Vorrang sollten alle Bemühungen haben, die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Hier dürfte vor allem bei den Änderungen der Regelungen für den Eintritt in den Ruhestand noch Spielraum bestehen. Entgegen dem aktuellen Trend, den Renteneintritt wieder vorzuzerlegen, könnte sowohl eine flexible Periode des Renteneintritts sowie eine Kopplung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Entwicklung der ferneren Lebenserwartung ein geeigneter Schritt sein. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich nach Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung die durchschnittliche Rentenbezugsdauer seit 1960 in etwa verdoppelt hat. 2013 gestorbene Frauen bekamen im Durchschnitt 21,5 Jahre lang Rente, 1960 waren es 10,6 Jahre. Männer konnten ihre Rente zuletzt 17,0 Jahre genießen, 1960 waren es erst 9,6 Jahre.

Empfehlung 1: Ein sich selbst stabilisierendes Rentensystem schaffen

Der Sachverständigenrat schlägt in seiner Expertise die Einführung einer regelgebundenen Anpassung des gesetzlichen Renteneintrittsalters vor, die sich an der Entwicklung der zukünftigen Lebenserwartung orientiert. Der Vorteil einer solchen Regelung wäre, dass auf diese Weise eine Konstanz der relativen Rentenbezugsdauer – das Verhältnis von Rentenbezugsdauer und Erwerbsphase bliebe unverändert– erreicht würde. Denn mit steigender Lebenserwartung würde das gesetzliche Renteneintrittsalter steigen. Auf diese Weise würde ein sich selbst stabilisierendes Rentensystem geschaffen, das ohne diskretionäre Eingriffe in die Rentengesetzgebung auskommen könnte. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass das Renteneintrittsalter wie vorgesehen bis 2029 zunächst auf 67 Jahre angehoben wird.

Allerdings erscheint ein Rentensystem mit einem fixen Renteneintrittsalter nicht mehr zeitgemäß. Spätestens mit der Regelbindung sollte deshalb auch eine Flexibilisierung eingeführt werden. Forderungen nach einem flexiblen Renteneintritt sind nicht neu. Sie waren aber bisher mehrheitlich mit Vorstellungen über einen früheren Renteneintritt verbunden. Eine Flexibilisierung, die den Erfordernissen des demographischen Wandels gerecht wird, sollte jedoch symmetrisch sein, d.h. auch auf einen späteren Renteneintritt Anwendung finden. Wie dies gestaltet werden könnte, zeigt ein Blick über die Grenzen nach Skandinavien.

Kasten 2

Beispiel Skandinavien

Vorbilder für einen flexiblen Eintritt in den Ruhestand gibt es in Skandinavien. So können in Schweden Arbeitnehmer schon mit 61 Jahren in Rente gehen. Oder aber sie können über die gesetzliche Altersgrenze von 65 Jahren hinaus länger arbeiten bis 67.

In Norwegen wurde mit der Rentenreform von 2011 die Rentenhöhe mit einem versicherungsmathematisch neutralen Lebenserwartungsfaktor verknüpft. Alle Norweger können seither innerhalb eines Alterskorridors von 62 und 75 Jahren frei wählen, wann sie in Rente gehen. Es ist nach diesem Konzept möglich, Erwerbsarbeit ab dem Alter von 62 Jahren ohne Verdienstprüfung mit dem Bezug einer Voll- oder Teilrente zu kombinieren. Je später die Norweger in Rente gehen, desto höher die monatlichen Bezüge. Die obligatorische Betriebsrente von 2006 flankiert diese Berechnungsumstellung der staatlichen Rente.

In beiden Fällen wird die Rentenhöhe gemäß der durchschnittlichen Lebenserwartung zum Zeitpunkt des beginnenden Ruhestands berechnet – dies soll einen Anreiz schaffen, so lange wie möglich zu arbeiten. Dieses Anreizsystem funktioniert: Laut Daten der EU gehen die Schweden im Schnitt erst mit 65,7 Jahren in Rente – dem höchsten Schnitt in der EU.

Zuwanderung von Fachkräften erleichtern

Über die Zuwanderung von Arbeitskräften kann das Erwerbstätigenpotenzial selbst kurzfristig am stärksten beeinflusst werden. Allerdings sind sowohl Vorzeichen als auch Höhe des Wanderungssaldos mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. In den zurückliegenden Jahren seit 2010 war Deutschland bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte erfolgreich. Sie war in diesem Zeitraum ausreichend, um den natürlichen Bevölkerungsrückgang auszugleichen. Der weit überwiegende Teil der Zuwanderer kam aus süd- oder osteuropäischen EU-Ländern. Hauptgrund dafür dürfte die Wirtschaftskrise in Südeuropa gewesen sein. Da diese Länder in den kommenden Jahren selbst vom demographischen Wandel betroffen sein werden, kann nicht angenommen werden, dass die Wanderungsströme in der gleichen Größenordnung andauern werden.

Empfehlung 2: Gezielte Zuwanderungspolitik verfolgen

Die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften könnte den Rückgang des Arbeitsvolumens dämpfen und gleichzeitig positive Wachstumseffekte auslösen. Um hier nennenswerte Effekte zu erreichen, müsste die bisher restriktive Einwanderungspolitik gegenüber Arbeitsmigration aus Drittstaaten aufgegeben und stattdessen eine gezielte Immigrationspolitik verfolgt werden. Im Blickfeld sollten dabei in erster Linie Länder mit wachsender Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liegen. Jedoch steht Deutschland in Konkurrenz zu anderen Zuwanderungsländern, wie zum Beispiel die USA.

Um gegenüber den Wettbewerbern um Arbeitskräfte erfolgreich zu sein, sind neben verbesserten Unterstützungsangeboten bei der Eingliederung in Deutschland und einer

positiven Bewertung von Zuwanderung in Leitmedien und von politischen Meinungsführern vor allem eine weitere Verbesserung des zuwanderungsrechtlichen Rahmens erforderlich, der derzeit noch nicht auf die Gewinnung ausländischer Fachkräfte ausgerichtet ist. Dies betrifft vor allem die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und die Vergabe von Aufenthaltstiteln.

Kasten 3

Die Bedeutung des Wanderungssaldos

Anders als bei Geburtenhäufigkeit oder Lebenserwartung lässt sich aus den bisherigen Wanderungssalden kaum ein Trend ableiten. Der Saldo hängt auf der einen Seite vom Migrationspotenzial in Folge politischer, wirtschaftlicher, demographischer oder auch ökologischer Entwicklungen in den Herkunftsländern ab. Auf der anderen Seite wird er von der Migrationspolitik in Deutschland sowie der wirtschaftlichen und sozialen Attraktivität Deutschlands als Zielland beeinflusst.

Unterschiedliche Annahmen über den Wanderungssaldo haben gravierende Folgen für die Projektion der Bevölkerung in Deutschland. Wird unterstellt, die Zuwanderungen und Abwanderungen würden sich über den Prognosezeitraum ausgleichen, der Wanderungssaldo wäre also Null, dann würde die Bevölkerungszahl von derzeit knapp 82 Millionen bis zum Jahr 2060 um fast 24 Millionen Personen abnehmen. Bei einem positiven Wanderungssaldo in Höhe von jährlich 100 000 oder 200 000 Personen beläuft sich dieser Rückgang auf rund 17 beziehungsweise knapp 12 Millionen Personen, jeweils bei konstanten Geburtenraten. Wollte man die Bevölkerungszahl konstant halten, bedürfte es eines Wanderungssaldos in der Größenordnung von schätzungsweise rund 350 000 Personen, und zwar jährlich und über fünf Jahrzehnte.

Der Einfluss des Wanderungssaldos beeinflusst das Arbeitsangebot noch stärker. Fänden bis 2060 keine Nettozuwanderungen statt, reduzierte sich das Arbeitsangebot im Vergleich zum Basisszenario der Bevölkerungsvorausberechnung (-34 %) um weitere neun Prozentpunkte. Eine Erhöhung des Wanderungssaldos auf jährlich 200 000 Personen ab dem Jahr 2020 bedeutete hingegen eine um acht Prozentpunkte geringere Schrumpfung des Arbeitsangebots. Damit das Arbeitsangebot im Jahr 2060 auf dem Niveau des Jahres 2010 läge, wäre eine jährliche Nettozuwanderung von rund 400 000 Personen nötig.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Eine effiziente Ausnutzung des Erwerbspersonenpotenzials kann auch dadurch gelingen, dass Personen, die derzeit nicht oder nur in Teilzeit beschäftigt sind, ihre Arbeitszeit ausdehnen. Dies dürfte vor allem auf Frauen zutreffen. Zwar ist die Erwerbstätigenquote von Frauen in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, dies geht jedoch zum überwiegenden Teil auf den Anstieg zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse in Teilzeit zurück. Der Hauptgrund dafür, dass Menschen im erwerbsfähigen Alter nicht oder nicht in vollem Umfang erwerbstätig sind, ist die Übernahme von Verantwortung in der Familie. Die Möglichkeit, eine Beschäftigung aufzunehmen, hängt in diesen Fällen von zwei

Faktoren ab, dem zu erbringenden Betreuungs- und Versorgungsaufwand und der Bereitstellung von Unterstützungsleistungen durch Dritte. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat das Beschäftigungspotenzial von Müttern für den Fall einer flächendeckenden Ganztagsbetreuung für Kinder unter zwölf Jahren errechnet. Demnach könnte unter diesen Voraussetzungen die Beschäftigung von Müttern um bis zu einer Million Vollzeitäquivalente steigen.

Empfehlung 3: Ganztagsbetreuung verbessern

Für eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung wird ein weiterer Ausbau der Betreuungsstruktur unverzichtbar sein. Um die Beschäftigungspotentiale möglichst umfassend ausnutzen zu können, sollte für jedes Kind zwischen zwölf Monaten und zwölf Jahren ein Ganztagsbetreuungsplatz in einer Betreuungseinrichtung, Tagespflege oder Ganztagschule zur Verfügung stehen. Während die neuen Bundesländer diesem Ziel vielfach schon sehr nahe kommen, bestehen in einigen der alten Bundesländer noch große Lücken.

Das IW Köln schlägt vor dieses Ziel in drei Schritten zu erreichen. Der erste Schritt bestünde darin, flächendeckende Betreuungsangebote für unter Dreijährige zu schaffen. Für Kinder zwischen zwölf Monaten und drei Jahren gibt es seit August 2013 bereits einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dieses Ziel wurde aber bislang noch nicht vollständig erreicht. In einem zweiten Schritt sollte die Betreuungsinfrastruktur für Schulkinder verbessert werden. Für alle Regionen, in denen es keine ausgebaute Hortinfrastruktur gibt, dürfte die Ganztagschule am besten geeignet sein. In einem dritten Schritt sollten dann gewährleistet werden, dass sich die Betreuungszeiten am Bedarf der Eltern und dem Wohl des Kindes orientieren.

Und schließlich sollten Maßnahmen, welche die angestrebten Ziele konterkarieren, wie insbesondere das Betreuungsgeld, gestrichen werden.

Investitionen in Bildung erhöhen

Als Folge des demographischen Wandels wird die Zahl der Erwerbspersonen sinken. Es ist daher für die künftige Einkommensentwicklung und damit den Lebensstandard von Bedeutung, die Produktivität der Erwerbstätigen zu steigern. Ein wichtiges Element auf diesem Weg ist, die Menschen in Deutschland mit möglichst hohen Bildungsabschlüssen und möglichst hohen Kompetenzen auszustatten. Denn zahlreiche Studien haben belegt, dass ein höheres Bildungsniveau zu einer höheren Produktivität bei Erwerbstätigen führt.

Empfehlung 4: Mehr in Bildung investieren

Bei einer schrumpfenden Bevölkerung könnte eine Verbesserung der Bildungsqualifikation bereits dadurch erreicht werden, dass die Bildungsausgaben nicht mit der Abnahme der Zahl der Kinder zurückgingen. Die so verfügbaren Mittel könnten beispielsweise für eine bessere Schüler-Lehrer-Relation eingesetzt werden.

Vermehrte Anstrengungen bei Bildungsinvestitionen, die den gesamten Bildungslebenszyklus erfassen und die Mittel effizienter als bisher einsetzen, dürften alleine jedoch nicht

ausreichend sein. Bildungspolitische Maßnahmen sollten zusätzlich bei einer Förderung jener Gruppen ansetzen, deren Potenziale gegenwärtig noch nicht ausreichend genutzt werden. Ein besonderes Augenmerk sollte deshalb auf Investitionen zu Beginn der Bildungsaktivitäten gelegt werden. Diesen fällt eine besondere Bedeutung zu, da die Bildungsrenditen hier am höchsten sind und zudem Ungleichheiten der Bildungschancen reduziert werden.

Gerade vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, sollten zudem eine Kultur des lebenslangen Lernens etabliert werden. Dazu müssen die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wenn in der Diskussion um die Lebensarbeitszeit immer wieder darauf hingewiesen wird, ein Arbeitnehmer, der sich zu Beginn seines Berufslebens für eine körperliche Tätigkeit entschieden hat, diese nicht bis in Alter von 67 fortführen kann, so sollten ihm während seiner Erwerbstätigkeit umfassende Möglichkeiten zur Weiterbildung zur Verfügung stehen. Hier wäre es sowohl Aufgabe der Politik als auch der Unternehmen, Arbeitszeitmodelle anzubieten, die diesbezüglich mehr Flexibilität anbieten.

2.2. Das Potenzialwachstum stärken

Durch eine bessere Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials alleine wird sich die Wachstumsabschwächung jedoch nicht verhindern lassen. Dies kann nur zusammen mit einem steileren Wachstumspfad des Produktionspotenzials gelingen. Dabei wird der technologische Fortschritt in Zukunft ein noch entscheidenderer Wachstumstreiber sein. Allerdings stellt sich der technologische Fortschritt nicht von alleine ein. Dazu bedarf es einer klugen Innovationspolitik. Dies kann durch eine „flankierende Wirtschaftspolitik“ geschehen, deren Kernaufgaben in der Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs und der Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur liegen.

Investitionen in öffentliche Infrastruktur erhöhen

Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind bedeutsam für das Wachstum des Produktionspotenzials, weil sie nicht selten eine Vorleistung für die private Investitionstätigkeit bilden und sich somit zu dieser komplementär verhält. Sie wirken als Treiber für private Investitionen, da sie die Standortattraktivität verbessern. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln würden einmalige Infrastrukturausgaben in Höhe von 10 Mrd. € die langfristige Wirtschaftsleistung in Deutschland um 2,5 Mrd. € jährlich steigern.

Grundsätzlich gehören das Niveau und die Qualität der Infrastruktur in Deutschland zu den Standortvorteilen. Allerdings können diese nur gesichert werden, wenn in den kommenden Jahren die Infrastrukturinvestitionen deutlich angehoben werden. Dieser Investitionsbedarf wird grundsätzlich anerkannt. So will die Bundesregierung laut ihrer Koalitionsvereinbarung in der laufenden Legislaturperiode 5 Mrd. € zusätzlich aus Steuermitteln für die Erneuerung von Verkehrswegen zur Verfügung stellen.

Empfehlung 5: Fernstraßen modernisieren, Breitbandinfrastruktur ausbauen und Stromversorgung sichern

Die bestehende und gut ausgebaute Infrastruktur ist ein Standortvorteil für Deutschland. Für eine übermäßig pessimistische Diagnose gibt es keinen Grund. Wohl aber besteht Anlass zur Sorge angesichts der anstehenden Herausforderungen, denen sich die wichtigsten Infrastrukturen ausgesetzt sehen:

1. Bei Fernstraßen inklusive der Brücken ist besonders in den westlichen Bundesländern eine zunehmende Alterung festzustellen, aus der sich ein erheblicher Sanierungsbedarf ergibt. Die Herausforderung der Straßenverkehrsinfrastruktur liegt abgesehen von der Auflösung einzelner Engpässe nicht in ihrem weiteren Ausbau, sondern in der Erhaltung der hohen Qualität.
2. Bei der Breitbandinfrastruktur liegt die Aufgabe darin, die bestehenden Netze zu ergänzen und durch neue Technologien höhere Qualitäten zu erreichen. Die auf diese Weise zu erreichende Beschleunigung des Datentransfers kann zu einem wichtigen Standortfaktor für die Unternehmen in Deutschland werden. Die Herausforderung bei der Kommunikationsinfrastruktur besteht nicht im Erhalt, sondern in der Anpassung an die fortschreitenden technologischen Entwicklungen zur Befriedigung der Nachfrage nach schnellen Übertragungsmöglichkeiten.
3. Die Stromversorgung und die dahinter liegende Netzinfrastruktur sind ebenfalls in einem guten Zustand. Die Versorgungssicherheit ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Im Zug der Energiewende stellen sich jedoch neue Aufgaben. So soll die Stromerzeugung in den nächsten Jahrzehnten auf weitestgehend kohlenstofffreie Quellen umgestellt werden. Diese sind zu größeren Teilen, insbesondere die Nutzung von Wind und Sonne, dezentral und mit den natürlichen Gegebenheiten schwankend. Dies und die regionalen Effekte des Ausstiegs aus der Kernenergie erfordern eine Anpassung des Netzes zur Sicherung der Versorgungssicherheit.

Vor diesem Hintergrund dürften die Investitionspläne der Bundesregierung unzureichend sein. So hat der IWF im diesjährigen Bericht zur Chapter IV Konsultation die Bundesregierung zu einer massiven Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen auf rund 54 Mrd. € über die kommenden vier Jahre aufgefordert. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln sieht den Investitionsbedarf in einer ähnlichen Größenordnung und fordert, verteilt über die kommenden zehn Jahre, Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 120 Mrd. €.

Mit intelligenter Innovationspolitik den technologischen Wandel unterstützen

Grundpfeiler für ein stärkeres Wachstum des Produktionspotenzials bleibt jedoch die intensivere Ausnutzung des technischen Fortschritts. (Stichwort: Industrie 4.0, siehe Kasten 4). Der Innovationspolitik fällt damit eine Schlüsselrolle beim Versuch einer stärkeren Wachstumsorientierung der deutschen Wirtschaft zu. Eine kluge Innovationspolitik kann den technologischen Wandel wirksam unterstützen und ihm aktiv Impulse

verleihen. Ihre Aufgabe ist es, den institutionellen Rahmen für die wirtschaftlichen Akteure so auszugestalten, dass Forschung und Entwicklung sowie damit auch das langfristige Wachstum begünstigt werden. Neben der Bereitstellung von Grundlagenforschung kommt es dabei vor allem darauf an, den Rahmen für die Forschungsanstrengungen der Unternehmen attraktiv zu gestalten. Dazu sollte die Innovationspolitik auf drei Handlungsfeldern tätig werden.

Kasten 5

Industrie 4.0: Produktionsstruktur automatisieren und flexibilisieren

Hohe Produktivitätssteigerungen werden von der als Industrie 4.0 (Internet der Dinge) bezeichneten Automatisierung und Flexibilisierung der Produktionsstruktur erwartet. Industrie 4.0 verknüpft Produktion, Marketing und Logistik über die Informationstechnologie miteinander und erfasst dabei alle Betriebsmittel, Produktionsstätten und Lagersysteme. Schätzungen gehen davon aus, dass die Unternehmen mittels Industrie 4.0 ihre Produktivität um 30 Prozent steigern könnten. Speziell Deutschland mit seinen besonders günstigen Voraussetzungen bietet Industrie 4.0 somit die große Chance, seine Attraktivität im internationalen Standortwettbewerb zu sichern – auch gegenüber den schnell wachsenden Emerging Markets. Industrie 4.0 kann damit ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Demographie-Strategie werden.

1. Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur für Innovationen

Dazu muss sie zunächst für ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Fachkräften sorgen. Für eine Volkswirtschaft mit hoher Technologie- und Forschungsintensität sind hohe formale Bildungsabschlüsse von herausragender Bedeutung. Besteht ein Mangel an Personen mit ausreichender akademischer Qualifikation, leidet zunächst die technologische Leistungsfähigkeit und die Innovationsfähigkeit verringert sich. Damit dies vor dem Hintergrund des demographischen Wandels nicht geschieht ist es zwingend, dass der Anteil der Hochschulabsolventen mit MINT-Abschlüssen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) stärker anwachsen als die gesamten Absolventenzahlen.

Dies alleine genügt jedoch nicht. Erworbenes Wissen muss auch im Berufsalltag kontinuierlich an neue Anforderungen angepasst werden. Durch regelmäßige Weiterbildung gerade auch von älteren Erwerbstätigen müssen zusätzliche Beschäftigungs- und Produktionspotenziale aktiviert werden.

Kasten 5

Die Bedeutung von MINT-Arbeitskräften

In bodenschatzarmen Ländern wie Deutschland sind Innovationen der wesentliche Treiber von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Länder, die wie Deutschland nahe an der technologischen Grenze – also in forschungsstarken Hochtechnologiebranchen – produzieren, benötigen technisch hochqualifizierte Arbeitskräfte, um die Innovationsdynamik zu stärken.

Ein europäischer Vergleich belegt, dass das Zusammenspiel aus einer hohen Beschäftigungsdichte von MINT-Arbeitskräften und einer hohen gesamtwirtschaftlichen Forschungsintensität in der Regel zu einer hohen Innovationskraft führt. Länder wie Deutschland, Österreich, Finnland oder Schweden, die bezogen auf die Volkswirtschaft viele MINT-Arbeitskräfte beschäftigen und einen hohen Aufwand in Forschung und Entwicklung (FuE) betreiben, erzielen eine breite Innovationsneigung der

Land	MINT-Erwerbstätige in Prozent aller Erwerbstätigen	Gesamtwirtschaftliche FuE-Ausgaben, in Prozent des BIP
D	30,6	2,89
A	29,9	2,77
SF	27,8	2,25
S	26,1	3,39
GR	16,6	0,67
E	15,2	1,36
I	13,9	1,25
UK	13,8	1,78

heimischen Unternehmen und mithin eine hohe Patentleistung. Länder wie Griechenland, Italien, Spanien oder das Vereinigte Königreich, hingegen, die auf gesamtwirtschaftlicher Ebene weder über eine gute Ausstattung mit MINT-Arbeitskräften noch über eine substantielle FuE-Intensität verfügen, schneiden grundsätzlich schlecht bei der Innovationskraft ab.

Quelle: IW-Köln.

Empfehlung 6: Anteil an MINT-Absolventen erhöhen

Zur Steigerung des Anteils der Hochschulabsolventen mit MINT-Abschlüssen gibt es keine einfachen Rezepte. Viele Faktoren müssen hier zusammenspielen und im Verlauf des Bildungsweges ineinandergreifen. Deshalb beginnen die Maßnahmen mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und einem Ausbau der Ganztagschulen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Sie schließen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ebenso ein wie eine bessere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Um letzteres attraktiver zu gestalten, sollten Berufs- und Hochschulbildung besser miteinander verzahnt werden. Die Anerkennung bereits erworbener Qualifikationen könnte die Studienzeit verkürzen und diesen Weg für die jungen Menschen attraktiver machen.

Die Vergrößerung des MINT-Anteils an den Studienabsolventen muss nachhaltig gesichert werden. Hierzu ist es wichtig, weiterhin in vielen Initiativen für die MINT-Fächer zu werben und zu motivieren sowie die Qualität technisch-naturwissenschaftlicher Bildung entlang der Bildungskette zu erhöhen.

Auf den eigentlichen Innovationsprozess kann die Politik dagegen nur indirekt Einfluss nehmen. Sie sollte die Unternehmen jedoch dabei unterstützen, ihre Innovationsprozesse demographiefest zu machen. Erfahrungen, wie dies geschehen kann, existieren praktisch nicht, da die Unternehmen bislang noch nie in einer Situation waren, in der sie ihre Innovationsprozesse auch mit einer älteren Belegschaft erfolgreich fortführen mussten. Zuversichtlich stimmt jedoch, dass Vermutungen, mit einer alternden Belegschaft sinke deren Innovationsfähigkeit, bislang nicht belegt werden konnten.

2. Unterstützung der Unternehmen bei der Suche nach technologischen Fortschritten, ohne die Richtung vorzugeben

Eine staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung ist ordnungspolitisch aufgrund von Marktversagen zu rechtfertigen. Dieses Marktversagen setzt sich zusammen aus Spillover-Effekten, Informationsasymmetrien und Unteilbarkeiten. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind von asymmetrischen Informationen und den daraus resultierenden Finanzierungsproblemen betroffen, weshalb gerade hier gesamtwirtschaftlich wünschenswerte Projekte häufig unterlassen werden. Die bisherige Form der Forschungsförderung in Deutschland ist nur bedingt geeignet, dieses Problem zu lösen, sie muss aus diesem Grund verbessert werden.

Empfehlung 7: Steuerliche FuE-Förderung einführen

Bereits im Jahr 2008 hat die Arbeitsgruppe „Steuerliche FuE-Förderung“ unter der Leitung von Prof. Dr. Christoph Spengel (ZEW) im Auftrag der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft Empfehlungen für eine steuerliche FuE-Förderung erarbeitet. Die dort gefundenen Begründungen sind nach wie vor schlüssig und sollten wieder aufgegriffen werden. Die wichtigsten Empfehlungen sind:

1. In Deutschland sollte ergänzend zur derzeit vorherrschenden Praxis der FuE-Förderung eine steuerliche FuE-Förderung, wie sie in den meisten Industrieländern bereits etabliert ist, eingeführt werden. Die steuerliche FuE-Förderung sollte in Form einer Steuergutschrift (tax credit) erfolgen.
2. In den Genuss der Steuergutschrift sollten alle Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform und ihrer Unternehmensgröße kommen.
3. Bei der erstmaligen Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung wird es darauf ankommen, die Steuerausfälle zu begrenzen.

3. Stärkung der technologieorientierten Gründungsdynamik

Unternehmensgründungen sind für die Dynamik einer Volkswirtschaft von großer Bedeutung. Insbesondere durch technologieorientierte Neugründungen können innovative Produkte und Dienstleistungen in den Markt eingeführt werden, die langfristig die wirtschaftliche und technologische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Weltwirtschaft sichern helfen. Unternehmensgründungen haben über den unmittelbaren Unternehmenserfolg hinaus positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum eines Landes. Es ist dieser enge Zusammenhang zwischen Unternehmensgründungen und Wirtschaftswachstum, der ihre öffentliche Förderung rechtfertigt.

Mit dem demographischen Wandel stellt sich die Frage, ob der Wachstumsimpuls aus Unternehmensgründungen auch in Zukunft noch in gleichem Umfang vorhanden sein wird. Zwar zeigen empirische Untersuchungen (siehe Kasten 4), dass das Durchschnittsalter der Unternehmensgründer im High-Tech-Bereich im Zeitverlauf gestiegen ist, daraus lässt sich aber noch kein Rückschluss ziehen, dass sich dies in Zukunft fortsetzen wird.

Entscheidender als die Tatsache, dass der Anteil älterer Unternehmensgründer zunimmt, dürfte nämlich sein, dass durch das rasche Schrumpfen der jüngeren Alterskohorten das Potential an Unternehmensgründern und damit auch die Zahl der Unternehmensgründungen absolut sinken wird. Soll die Gründungsdynamik in der alternden Gesellschaft Deutschlands also aufrechterhalten werden, müsste diesem Trend entgegengewirkt werden, indem zusätzliche Gründungspotentiale freigesetzt werden.

Kasten 6

Altersstruktur von High-Tech-Gründern

Gründer von High-Tech-Unternehmen werden gemeinhin mit einem jungen Lebensalter assoziiert. Dies ist vor allem auf die Erfolge und mediale Präsenz amerikanischer High-Tech-Gründer im IT-Bereich wie Bill Gates (Microsoft) und Steve Jobs (Apple) oder in vergleichsweise jüngerer Zeit Larry Page und Sergey Brin (Google) oder Mark Zuckerberg (Facebook) zurückzuführen. Dieses vorherrschende Bild von High-Tech-Gründern entspricht jedoch nicht der Realität. So wurde für die USA belegt, dass ein großer Teil der Gründer im High-Tech-Bereich in einem mittleren Lebensalter gründen und sie auch hinsichtlich ihrer Ausbildung eine sehr heterogene Gruppe sind. Offenbar handelt es sich bei High-Tech-Gründern eben nicht nur um Akademiker oder Studienabbrecher.

In Deutschland scheint die Sachlage ähnlich zu sein, wie eine Auswertung des Mannheimer Unternehmenspanels (MUP), eines am ZEW in Kooperation mit Creditreform gepflegten umfassenden Unternehmensdatensatzes für Deutschland, zur Altersstruktur von High-Tech-Gründern ergibt: Im High-Tech-Bereich wurde bei der Gründungskohorte 2008 mit einem durchschnittlichen Gründungsalter von 40,8 Jahren (Median: 39,6 Jahre) erstmals die Marke von 40 Jahren übersprungen. Im Jahr 1995 betrug das durchschnittliche Gründungsalter im High-Tech-Bereich noch 37,5 Jahre. Nur weniger als ein Viertel der High-Tech-Gründer sind jünger als 31 Jahre, während knapp mehr als ein Viertel über 47 Jahre alt ist.

Der Vergleich der Altersstrukturen in Deutschland und den USA bringt deutliche strukturelle Unterschiede zum Vorschein. Entgegen den Erwartungen sind Unternehmensgründer in Deutschland im Durchschnitt jünger als in den USA. Gründer unter 25 Jahren sind in Deutschland mit 10 % vertreten, während sie in den USA lediglich einen Anteil von 5 % erreichen. Auch bei der Altersklasse von 25 bis 34 Jahre ist das der Fall. In Deutschland hat diese einen Anteil von 38 %, in den USA entfallen lediglich 26 % auf sie. Oberhalb dieser Altersklassen kehrt sich das Verhältnis der Anteile um. Gründer im Alter von 35 bis 44 Jahre (D: 33 %; USA: 45 %), von 45 bis 54 Jahre (D: 14 %; USA: 18 %) sowie 55 Jahre und darüber (D: 5 %; USA: 6 %) sind in den USA jeweils stärker am Gründungsgeschehen beteiligt als in Deutschland. Ein rund doppelt so hoher Anteil 50-jähriger Gründer im Vergleich zu Gründerpersonen im Alter von 20 bis 24 Jahren, wie für die USA festgestellt, findet sich dementsprechend für Deutschland nicht. Hier ist das Verhältnis der Anteile dieser beiden Altersgruppen ausgeglichen.

Quelle: ZEW

Empfehlung 8: Gründungsdynamik erhöhen

Die Statistiken zum Gründungsgeschehen in Deutschland zeigen, dass bei älteren Erwerbstätigen, Frauen, Zuwanderern und bei Hochschulabsolventen ungenutzte Gründungspotenziale liegen könnten. Da der Einfluss von Unternehmensgründungen auf den Wachstumspfad des Produktionspotenzials vor allem aus Gründungen im High-Tech-Bereich resultieren dürfte, ist eine Ausweitung von Unternehmensgründungen aus dem universitären Bereich von besonderem Interesse. In einer Erhebung aus dem Jahr 2012 beklagen die Studenten in erster Linie das Fehlen konkreter Hilfen zur Unternehmensgründung, wie Unternehmensplanung und der finanziellen Organisation.

Um die Gründungsdynamik zu erhöhen und das Interesse an eigenständiger unternehmerischer Tätigkeit zu erhöhen, sollte:

1. Das Ansehen des Unternehmers in der Gesellschaft verbessert werden. Dies kann durch positivere Bewertungen unternehmerischer Erfolge durch öffentliche Medien und Politik geschehen, vor allem aber durch eine Vermittlung eines positiven Unternehmerbildes in Schule und an Universitäten.
2. Die Möglichkeiten der Gründungsfinanzierung sollten durch einen verbesserten Zugang zu Eigen- und Fremdkapital erweitert werden (siehe hierzu Kapitel 4).
3. Die bestehenden Formen der Gründungsförderung sollten vor dem Hintergrund des demographischen Wandels auf bestehende Hemmnisse überprüft werden.

3. Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Finanzsektor

Eine Aufgabe des Finanzsektors ist es, Ersparnisse mit Investitionsmöglichkeiten zu verbinden. Daraus kann aber keinesfalls gefolgert werden, dass der Finanzsektor als Treiber eines steileren Wachstumspfads wirken könnte. Im Gegenteil, die Ereignisse der Finanzkrise haben ja gerade offenbart, dass das Finanzsystem nicht immer in der Lage war, die besten Investitionsmöglichkeiten zu finden. Mehr noch, die Jahre vor der Finanzkrise mit ihren höheren Wachstumsraten müssen zumindest teilweise als nicht nachhaltig eingestuft werden.

Die Finanzkrise hat aber gleichzeitig auch verdeutlicht, dass Störungen des Finanzsystems ein Hindernis für das Wachstum darstellen. Die deutsche Wirtschaft benötigt aus diesem Grund zur Bewältigung des demographischen Wandels ein effizientes Finanzsystem, das in der Lage ist, die Kapitalströme aus dem In- und Ausland in die besten Investitionsprojekte zu lenken. Stabile und profitable Banken und ein international wettbewerbsfähiger Finanzstandort sind die wesentlichen Voraussetzungen, die dafür erfüllt sein müssen. Nach den umfangreichen Finanzmarktregulierungen als Antwort auf die Finanzkrise gilt es darum, deren Auswirkungen sorgsam zu beobachten und nachzujustieren, wo Regulierungslasten und -notwendigkeiten nicht miteinander in Einklang sind.

Begrenzte Auswirkungen auf Kapital- und Immobilienmärkte

Der demographische Wandel wird ohne wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen nicht nur zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums führen, sondern auch zu umfangreichen Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur. Während die zu erwartenden Veränderungen in der Güternachfrage in einer funktionierenden Marktwirtschaft kaum zu tiefergehenden Problemen führen dürfte, werden die zu erwartenden Veränderungen für Kapitalmärkte und Banken zum Teil kontrovers diskutiert. Allerdings sind die Argumente für eine negative Entwicklung der Kapitalmärkte nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen gültig. In einer globalen Weltwirtschaft mit integrierten Finanzmärkten dürften daher nennenswerte Effekte nur auf Teilmärkten zu erwarten sein.

So sind auf den Immobilienmärkten aus demographischen Gründen zwei gegenläufige Effekte zu berücksichtigen. Zum einen der absolute Rückgang der Bevölkerung, zum anderen jedoch ein stärkerer Trend hin zu Ein- und Zwei-Personen-Haushalten, der gerade auch in einer alternden Gesellschaft Bestand haben sollte. Demnach wird sich die Anzahl der Haushalte kaum reduzieren, was bei einer generell steigenden Nachfrage nach Wohnfläche je Haushalt im Saldo zu einer ansteigenden Nachfrage nach Wohnfläche führen dürfte. Jedoch dürfte die Entwicklung regional sehr stark unterschiedlich verlaufen.

Auswirkungen auf Banken nur schwer zu prognostizieren

Während die Auswirkungen auf den Kapital- und Immobilienmarkt also eher begrenzt sein werden, sind die Auswirkungen auf die Banken in der Summe schwierig zu prognostizieren. Geht man davon aus, dass jeder Bürger über ein Bankkonto verfügt, so wird die Anzahl der Bankkunden absolut zurückgehen. Ob damit auch das Volumen der Bankeinlagen schrumpfen wird, ist nur schwer voraussagbar.

Zu erwarten ist allerdings, dass sich mit dem Altern der Bevölkerung das Sparverhalten ändern wird. Tendenziell werden risikoärmere Anlageprodukte mit schnellerer Verfügbarkeit bevorzugt werden. Dies kann unter Umständen dazu führen, dass die Risikoprämien für risikoreichere und länger laufende Anlagen steigen. Eine Folge hiervon könnte wiederum eine Verteuerung der Unternehmensfinanzierung sein. Diese wäre insbesondere dann zu erwarten, wenn zusätzlich zu höheren Risikoprämien die Möglichkeiten zur Fristentransformation durch regulatorische Vorschriften eingeschränkt würden. Diese Effekte können allerdings dann vernachlässigbar sein, wenn es den Banken gelingt, andere Refinanzierungsquellen zu aktivieren. Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Geschäftstätigkeit der Banken werden also gravierend sein und die Banken werden ihre Geschäftsmodelle anpassen müssen.

4. Finanzierung des demographischen Wandels

Wenn die Wachstumsdynamik in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft nur erhalten werden kann, wenn es gelingt, die Innovationskraft der Wirtschaft zu stärken, dann werden gesunde und finanzstarke Banken sowie ergiebige Kapitalmärkte unver-

zichtbar sein, um den von den demographischen Veränderungen ausgelösten Strukturwandel zu finanzieren. Nur unter dieser Bedingung besteht Aussicht, dass Unternehmensgründungen, Innovationen und Unternehmensnachfolgen nicht an ihrer Finanzierung scheitern werden. Dies setzt eine Finanzmarktregulierung voraus, die die Stabilität des Finanzsystems gewährleistet, ohne den Finanzsektor an der Erfüllung seiner gesamtwirtschaftlichen Aufgaben zu hindern.

Langfristige Unternehmenskredite nicht durch Regulierung gefährden

Unternehmen in Deutschland decken ihren bankbasierten Fremdkapitalbedarf überwiegend durch die Aufnahme langfristiger Kredite. Die langfristige Unternehmensfinanzierung ist deshalb eine wesentliche Grundvoraussetzung, um die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft – gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – zu sichern. Stabile Hausbankbeziehungen und ein breit aufgestelltes Universalbankensystem sind in Deutschland seit jeher die Basis für einen international wettbewerbsfähigen Unternehmenssektor.

Empfehlung 9: Auswirkungen der Regulierung im Bankensektor auf Unternehmenskredite beobachten und gegebenenfalls korrigieren

Die neuen gesetzlichen Kapital- und Liquiditätsvorgaben sowie die Unsicherheit bezüglich weiterer Regulierungsmaßnahmen können die Fähigkeit der Banken zur langfristigen Finanzierung von Unternehmen und Großprojekten einschränken. Unternehmen kann dies vor neue Herausforderungen stellen. Alternativen zum Bankkredit gewinnen auch vor diesem Hintergrund für die Unternehmen an Bedeutung. So ist beispielweise in den letzten Jahren der Markt für Unternehmensanleihen stark gewachsen, was durch das niedrige Zinsniveau zusätzlich begünstigt wurde. Da die deutsche Wirtschaft mittelständisch geprägt ist, wird jedoch der klassische Bankkredit das zentrale Instrument der Unternehmensfinanzierung bleiben. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen werden auch weiterhin darauf angewiesen bleiben. Es ist daher dringend geboten, die Auswirkungen der bisherigen Regulierungsmaßnahmen auf die Kreditfinanzierung zu beobachten und – falls notwendig – im Interesse der Unternehmen zu korrigieren.

Kasten 7

Bankenregulierung und Unternehmensfinanzierung

Als Reaktion auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wurde mit Basel III eine strengere Bankenregulierung beschlossen. Sie zielt vor allem darauf ab, die Eigenkapital- und Liquiditätssituation der Banken zu verbessern und zu stärken, um ein stabiles Finanzsystem zu gewährleisten und erneute Zusammenbrüche von Kreditinstituten und nachfolgende Finanzkrisen zu verhindern. Obwohl mit Basel III nicht unmittelbar beabsichtigt ist, Einfluss auf die Unternehmensfinanzierung zu nehmen, haben die Vorschriften doch zur Folge, dass es für manche Unternehmen aufgrund verschärfter Sicherheitsforderungen und höherer Kosten schwieriger wird, langfristige Kredite von Banken bewilligt zu bekommen, um Investitionsvorhaben zu verwirklichen.

Mittelständische Unternehmen suchen für die Finanzierung ihrer Investitionen seit dem Beginn der Finanzkrise zunehmend Alternativen zum Bankkredit. Gemäß den Ergebnissen des aktuellen KfW-Mittelstandspanels finanzierten sie im Jahr 2012 ihre Investitionen zu 53 % mit Eigenmitteln, zu 28 % mit Bankkrediten, 14 % mit Fördermitteln und 5 % sonstigen Finanzierungen, wie zum Beispiel Beteiligungskapital. Der Eigenmittelanteil konnte von 2007 bis 2012 von 44 % auf 53 % gesteigert werden, gleichzeitig reduzierte sich der Anteil der Bankkredite von 36 % auf 28 %. In diesem Zeitraum erhöhte sich der Fördermittelanteil um 2 %, während die sonstigen Finanzierungen um 3 % rückläufig waren.

Den Finanzplatz Deutschland stärken

Eine leistungsfähige Unternehmensfinanzierung benötigt darüber hinaus auch einen stabilen und finanzstarken Kapitalmarkt. Die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland muss deshalb ein wichtiger Bestandteil einer Demographie-Strategie sein, denn wesentliche Bausteine der Unternehmensfinanzierung kommen vom Kapitalmarkt.

Der Gang an die Börse ist ein wichtiges Instrument der kapitalmarktorientierten Unternehmensfinanzierung. Er dient der Wachstumsfinanzierung und der Stärkung der Eigenkapitalbasis. Für größere Mittelständler bietet ein „Going Public“ die Möglichkeit, die Unternehmensfinanzierung auf eine breitere Basis zu stellen. Damit reduziert sich die Abhängigkeit von einigen wenigen Kapitalquellen. Die Börse kann zudem Risikokapital für junge, innovative Unternehmen bereitstellen. Damit können unternehmerische Ideen in die Produktreife überführt werden. Insgesamt stärkt die Börsenfinanzierung den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland.

Die Banken können hier wichtige Partner für die Unternehmen sein, indem sie beispielsweise ausländisches Kapital über ein Private Placement direkt an ein Unternehmen vermitteln, auch wenn dieses nicht börsennotiert ist. Das Private Placement ermöglicht es dem Unternehmen, große Volumina am internationalen Kapitalmarkt außerhalb der Börse aufzunehmen. Deren hohe Transparenzanforderungen muss das Unternehmen bei einer Privatplatzierung nicht erfüllen. Die Kapitalanleger sind in der Regel vorher bekannt, in der Anzahl begrenzt und werden direkt angesprochen. So können Verträge auch entsprechend den Interessen der Kapitalgeber ausgestaltet und das Platzierungsrisiko verringert werden. Mit einer Privatplatzierung eröffnen sich dem Unternehmen neue Investorenkreise.

Empfehlung 10: Hemmnisse in der Börsenfinanzierung beseitigen

Trotz dieser offensichtlichen Vorteile spielt die Börse als Teil der Unternehmensfinanzierung in Deutschland bislang eine eher untergeordnete Rolle. 2012 wurden hierzulande 25 Börsengänge mit einem Emissionsvolumen von 2,1 Mrd. € gezählt, 2013 waren es gar nur sieben mit einem Emissionsvolumen von 2,5 Mrd. €. Das Deutsche Aktieninstitut stuft allerdings rund 1.250 Unternehmen als grundsätzlich börsenreif ein.

Um das geringe Interesse an der Börsenfinanzierung zu erhöhen, sollten verschiedene Hemmnisse beseitigt werden.

- Regulatorische Vorschriften, die institutionelle Investoren – wie Versicherungen – Investitionen in Aktien untersagen oder zumindest behindern, sollten unter dem Aspekt der Wachstumsfinanzierung überprüft werden.
- Dem bekannten Defizit an finanzieller Bildung sollte durch Information und zusätzliche Bildungsangebote im Finanzbereich begegnet werden, um dem traditionell sicherheitsorientierten Anlagestil der Privatanleger die langfristigen Vorteile einer Investition in Aktien entgegenzuhalten.
- Eine Stärkung der Eigenkapitalfinanzierung wird nur gelingen, wenn steuerliche Benachteiligungen gegenüber anderen Finanzierungsformen beseitigt werden.
- Der Skepsis, insbesondere der mittelständischen Unternehmer gegenüber einem Gang an die Börse, sollte bei der Abwägung von Finanzierungsalternativen durch die begleitenden Banken begegnet werden.

Den Verbriefungsmarkt wiederbeleben

Verbriefungen sind nicht nur ein wichtiges und unverzichtbares Instrument zur Refinanzierung, zur Portfoliosteuerung und zum Risikomanagement der Banken. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels spielen Verbriefungen bei der Unternehmensfinanzierung eine wichtige Rolle, da sie den Banken Möglichkeiten für neue Kreditvergaben schaffen. Voraussetzungen für einen funktionierenden Verbriefungsmarkt sind eine angemessene Regulierung und Eigenmittelunterlegung von Verbriefungen, eine hohe Transparenz sowie ein geeignetes Risikomanagement bei den beteiligten Akteuren.

Empfehlung 11: Verbriefungsmarkt mit Augenmaß regulieren

Als Reaktion auf die erkannten Fehler im Verbriefungsmarkt sind diese sinnvoll und effektiv reguliert worden zum Beispiel durch Selbstbehalt, Transparenz und Prüfungspflichten für Investoren. Nun aber besteht die große Gefahr, dass Verbriefungen durch verschiedene weitere Regulierungsmaßnahmen und deren kumulierte Auswirkungen dauerhaft ausgetrocknet werden. Die neuen Regulierungsmaßnahmen müssen zeitnah fertiggestellt werden, um für alle Marktteilnehmer Sicherheit zu schaffen – denn gerade die Unsicherheit über die zukünftigen regulatorischen Anforderungen verhindert ein Wiederaufleben der Verbriefungen. Aufgrund der Bedeutung von Verbriefungen für die Wirtschaft sollte sich die deutsche Politik noch deutlicher und noch positiver in europäischen und internationalen Gremien bzw. bei der Regelsetzung für folgende Veränderungen einsetzen:

1. Anerkennung von qualitativ hochwertigen Verbriefungen im Liquiditätspuffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR).
2. Anerkennung von qualitativ hochwertigen Verbriefungen bei den Eigenkapitalanforderungen. Die bisherigen Vorschläge zielen eher auf Sub-Prime-Verbriefungen ab (Baseler Rahmenwerk).
3. Angemessene Erleichterungen für qualitativ hochwertige Verbriefungen in Solvency II. Hohe Eigenkapitalanforderungen für Versicherungen schrecken diese wichtige Investorengruppe ab.

Existenzgründungen und Innovationen mit Eigenkapital und öffentlichen Förderprogrammen finanzieren

Das Eintreten neuer Unternehmen in den Markt ist eine elementare Voraussetzung für den Erhalt wettbewerbsfähiger Marktstrukturen und damit für Wachstum und Wohlstand, gerade auch in einer alternden Gesellschaft. Neugründungen tragen maßgeblich zu einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung bei. Sie sind häufig innovativ und leisten so einen Beitrag zum technischen und ökonomischen Fortschritt einer Volkswirtschaft. Unternehmen stoßen sowohl in der Gründungsphase als auch bei ihrer Expansion immer wieder auf kritische Finanzierungsengpässe, die sich aus hohem Risiko und schwerer Prognostizierbarkeit des unternehmerischen Risikos ergibt.

Die Gründungs- und Innovationsfinanzierung sind daher in der Regel für Fremdkapitalgeber schwer darzustellen. Die klassische Fremdkapitalfinanzierung tritt erst auf den Plan, wenn sich nachhaltige Erträge generieren lassen, die für den Kapitaldienst verwendet werden können. Dies ist bei Gründungen (und Innovationen in der Frühphase) in der Regel nicht der Fall. Die Möglichkeiten von Banken zur Finanzierung von Existenzgründungen und Innovationen im Rahmen des Kreditgeschäfts sind daher begrenzt. Staatliche Förderung kann dort ansetzen – zum Beispiel durch Risikoübernahmen oder auch Beratungsleistungen für neu gegründete Unternehmen.

Empfehlung 12: Hemmnisse für die Entwicklung des Risikokapitalmarktes abbauen

Die ausreichende Bereitstellung von Eigenkapital ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine hohe Gründungsdynamik und die Schaffung innovativer Wachstumsimpulse. Neben einem attraktiven Kapitalmarkt, der auch die verschiedenen Formen von Eigenkapital in ausreichendem Umfang bereitstellen kann, sind öffentliche Förderinstitutionen erforderlich, die Existenzgründern insbesondere zinsgünstige Kredite, nachrangiges Kapital und Zuschüsse zur Verfügung stellen. Damit ausländische Investoren wie Pensionskassen und Versicherungen in deutsche Venture-Capital-Fonds investieren und somit die Voraussetzung für eine gute Eigenkapitalversorgung von Gründern und innovativen Unternehmen in Deutschland schaffen, muss Deutschland zusätzlich als Fondsstandort attraktiver werden.

Dass Verbesserungen gerade im Bereich der Gründungsfinanzierung dringend notwendig sind, verdeutlicht ein Blick auf die aktuellen Marktzahlen, die der Bundesverband Deutscher Beteiligungskapitalgesellschaften (BVK) veröffentlicht. Demzufolge wurden in Deutschland in den vergangenen drei Jahren nur rund 2 Mrd. Euro Wagniskapitalfinanzierung in junge Unternehmen investiert. Um diese Situation zu verbessern, sollte das von der Bundesregierung geplante eigenständige Regelwerk (Venture-Capital-Gesetz) zur Verbesserung Deutschlands als Investitionsstandort für Wagniskapital muss zügig umgesetzt werden.

Zusätzlich sollten jedoch bestehende Initiativen und Förderinstrumente hinsichtlich ihrer Effektivität überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

1. Innovative Unternehmen sind auf einen verlässlichen Rahmen aus steuerlichem und regulatorischem Umfeld angewiesen. Reformen sollten deshalb dazu dienen, Beteiligungsfinanzierungen attraktiver zu machen. Die Finanzmarktregulierungen der zurückliegenden Jahre (Basel III, Solvency II, AIFM-Richtlinie) erschweren allerdings institutionellen Investoren das Engagement in der Wagniskapitalfinanzierung. Reformen in diesen Bereichen sollten darauf abzielen, dass regulierte Investoren auch weiterhin einen Teil ihres Kapitalvolumens in Venture Capital investieren können.
2. Wichtig sind auch attraktive Exit-Möglichkeiten, die es den Investoren erlauben, die Beteiligung nach Ablauf des Beteiligungszeitraums problemlos wieder zu veräußern. Mit dem Zusammenbruch des Neuen Marktes ist hier eine Lücke entstanden, die bisher nicht durch die etablierten Börsensegmente geschlossen wurde. Die Schaffung eines entsprechenden Marktsegments ist zweifellos eine privatwirtschaftliche Aufgabe. Die Politik kann hierbei jedoch im Sinne einer Stärkung des Finanzplatzes unterstützend wirken.
3. Schließlich sollte auch darauf geachtet werden, dass Wagniskapitalbeteiligungen nicht durch steuerliche Regelungen benachteiligt werden. Hier bestehen noch zahlreiche Hemmnisse, ohne deren Beseitigung eine Belebung des Marktsegments wenig wahrscheinlich sein dürfte.

Kasten 8

Gründungs- und Innovationsfinanzierung durch öffentliche Förderprogramme

Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages „Deutschlands Zukunft gestalten“ im November 2013 wurde einmal mehr die steigende Bedeutung der Förderpolitik als wesentliches Instrument der Wirtschaftspolitik deutlich. Der Koalitionsvertrag enthält zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Förderpolitik. Das Spektrum öffentlicher Fördermaßnahmen umfasst Begünstigungen wie Zuschüsse, (zinsverbilligte) Kredite und Bürgschaften. Förderprogramme sind ein wichtiger Bestandteil der Produktpalette der privaten Banken für Unternehmen. Gerade in der aktuellen Phase, der durch die Regulierung hervorgerufenen Veränderungen in der Unternehmensfinanzierung können Förderkredite wichtige Unterstützungsinstrumente sein, insbesondere bei der langfristigen Finanzierung und bei besonderen Risiken.

Die Förderprogramme umfassen den gesamten Unternehmenslebenszyklus, wobei ein besonderes Augenmerk auf Existenzgründungen und jungen Unternehmen liegt. Speziell für Existenzgründer und junge Unternehmen bietet die KfW Bankengruppe beispielsweise einen „ERP-Gründerkredit Startgeld“ zu subventionierten Konditionen an, der über die Hausbanken an den Existenzgründer ausgereicht wird.

Zur finanziellen Unterstützung innovativer Unternehmen gibt es bereits eine breite Palette an privaten Initiativen und staatlichen Förderprogrammen wie dem ERP-Innovationsprogramm, dem High-Tech-Gründerfonds, dem ERP-Startfonds, dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation sowie dem Investitionszuschuss Wagniskapital für Business Angels. Sie alle leisten bereits einen wichtigen Beitrag zur Innovationsförderung. Eine stärkere Nutzung wird allerdings durch zahlreiche Hemmnisse verhindert.

Unternehmensnachfolge rechtzeitig sichern

Über 95 % aller deutschen Unternehmen sind Familienunternehmen. Nach Schätzungen des IfM Bonn steht in 71.000 Familienunternehmen pro Jahr die Regelung der Nachfolge an. Allerdings dürfte die Suche nach einem geeigneten Nachfolger aufgrund der demographischen Entwicklung tendenziell schwieriger werden. Der reibungslose Generationenwechsel ist nicht nur für das betreffende Unternehmen, sondern auch für die Volkswirtschaft wichtig, um Arbeitsplätze und bewährte Strukturen zu erhalten und Erfahrungen an die nächste Unternehmergeneration weiterzugeben.

Bei der Übernahme eines Unternehmens steht der Nachfolger vor einer gründungsähnlichen Situation. Dies wirkt sich auf die Möglichkeiten der Finanzierung für Übernahmepotenziale aus, die an die bereits dargestellten Herausforderungen der Gründungs- und Innovationsfinanzierung – wenn auch in abgeschwächter Form – anknüpfen. Im Unterschied zur Gründung werden bereits Einnahmen aus der Geschäftstätigkeit generiert, wodurch Fremdkapitalfinanzierungen durch Banken eher darstellbar sind als bei Gründungen und Innovationen. Gleichwohl ist auch hier eine Ergänzung der Finanzierungsmöglichkeiten mit Eigenkapital und öffentlichen Förderprogrammen notwendig. Nachfolgesituationen können sich stark voneinander unterscheiden, zum Beispiel mit Blick auf die Unternehmensgröße, die Branche, die Marktsituation und die Voraussetzungen des Nachfolgers. Daher ist es wichtig, individuelle Lösungen für die jeweilige Nachfolgesituation zu erarbeiten.

Infrastrukturinvestitionen mit zusätzlichen Partnern finanzieren

Um das heutige Wohlstandsniveau auch in Zukunft sichern zu können, sind Investitionen in die Infrastruktur dringend notwendig. Niveau und Qualität der Infrastruktur gehören zwar zu den Standortvorteilen Deutschlands, aber in den vergangenen Jahren wurde viel zu wenig in die Infrastruktur investiert. Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge sind die Abschreibungen auf die öffentliche Infrastruktur seit dem Jahr 2003 größer als die Investitionen. Der Wert der bestehenden Straßen, Schulen und Schienen schrumpft demzufolge kontinuierlich, die Infrastruktur fährt auf Verschleiß.

Empfehlung 13: Private Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen stärken

Die im Koalitionsvertrag angekündigten Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sind in der Summe nicht ausreichend. Sollte sich die Bundesregierung nicht – wie vom IWF gefordert – in der Lage sehen, die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen erheblich auszuweiten, müssen die Voraussetzungen für private Infrastrukturinvestitionen verbessert werden.

Banken leisten schon heute einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen. Allerdings können spezielle großvolumige und langfristige Projekte von den Banken nicht alleine gestemmt werden. Sie benötigen dazu zusätzliche Partner, insbesondere institutionelle Investoren. Damit diese eingebunden werden können, müssen zuvor geeignete Finanzierungsstrukturen geschaffen werden. Sie können dann entweder als Refinanzierer der Banken oder aber auch direkt als Eigenkapital- oder Fremdkapitalgeber auftreten.

Infrastrukturinvestitionen sind als langfristig angelegte Assetklasse grundsätzlich attraktiv, da häufig planbare und stabile Cashflows in einem regulierten Umfeld generiert werden. Da sie in der Regel eine höhere Komplexität und geringere Liquidität als beispielsweise Unternehmensanleihen und Schuldscheindarlehen aufweisen, bietet die Assetklasse Infrastrukturkredite in der Regel auch eine höhere Verzinsung als Unternehmensanleihen derselben Risikoklasse. Dies kann vor dem Hintergrund der weiterhin andauernden historischen Niedrigzinsphase gerade für Investoren mit einer langfristigen Anlagestrategie wie zum Beispiel Versicherungen attraktiv sein. Zudem gelten Infrastrukturkredite als vergleichsweise risikoarme Investments, da statistisch gesehen Kreditausfallereignisse weniger häufig als bei Unternehmensfinanzierungen auftreten und die Verlusthöhe bezogen auf den ausstehenden Kredit tendenziell geringer ist. Bei etablierten Infrastrukturen sind erprobte Ratingverfahren zur Risikomessung, Portfoliosteuerung und Transparenz vorhanden, die zusätzliche Sicherheit für Investoren schaffen.
